

Niederschrift

JHA/010/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 10.03.2022

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Seminarraum 4/5 der Stadthalle Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinva	Ausschussmitglied f. Katholische Kirche (bis 18:40 Uhr - Top 6)
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Karin Sauerland	Jugendamtselternbeirat
Frau Andrea Bischoff	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Herr Vincenzo Pirone	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Vertreter:

Frau Birgitt Overesch	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Frau Karin Schulz-Bennecke		Vertretung für Frau Barbara Kammer
Frau Carla Zachey		Vertretung für Herrn Bernhard Jäschke

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Katja Käschnier	Produktverantwortliche Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin
Herr Ingo Schmitz	Stellv. Schriftführer

Gäste:

Herr Frank Müller	Caritasverband Rheine e. V. (Top 6 – Präsentation)
-------------------	--

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Claudia Reinke

CDU

Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Bernhard Jäschke

AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Stefan Heskamp

Ausschussmitglied f. Polizei

Frau Nina Jansen

Sachkundige Einwohnerin f.
Beirat f. Menschen mit Be-
hinderung

Frau Barbara Kammer

Ausschussmitglied f. Schu-
len

Herr Jörg Langhans

Ausschussmitglied f. Rich-
ter

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

**1. Niederschrift Nr. KA/002/2021 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Kul-
tur- und des Jugendhilfeausschusses am 28.10.2021**

Frau Overesch gibt die Rückmeldung, dass sie das Protokoll positiver gelesen als sie die Sitzung wahrgenommen habe. Man solle darauf achten, dass die Vertreter(innen) der Jugendverbände, insbesondere der offenen Kinder- und Jugendarbeit, nicht langfristig, sondern direkt gut eingebunden werden. In der Kultur könnten diese mit eigenen Überschriften unterwegs sein. Auf den Kinder- und Jugendförderplan, der regelmäßig evaluiert werde, könnten wir stolz sein.

Herr Richter bestätigt, dass seine Anmerkungen in die gleiche Richtung gehen.

Zu seinen Ergänzungen schlägt Herr Fühner ihm vor, dass er diese schriftlich bei der Verwaltung einreiche, damit diese sowohl in der Niederschrift der gemeinsamen als auch der heutigen Sitzung aufgenommen werden (**Anlage 1**).

2. Niederschrift Nr. JHA/009/2022 über die öffentliche Sitzung am 20.01.2022

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

3. Informationen der Verwaltung

Corona

Herr Gausmann ergänzt zu der bereits eingestellten Information „Aufholen nach Corona“ (Seite 3), dass im Haushaltsjahr 2022 die Förderungssumme 76.000 Euro betrage.

Herr Fühner habe sich vorgestern die neuen Zahlen von den in den Kitas betroffenen Kindern im Land NRW angesehen, welche stetig steigen würden. Der Jugendhilfeausschuss könne nur an die Eltern und Sorgeberechtigten appellieren, ihre Kinder möglichst intensiv zu testen; die Mitarbeitenden würden sich sicherlich regelmäßig testen, davon sei er überzeugt.

Frau Overesch sei von verschiedenen Seiten zum Thema „Corona-Spürhunde“ angesprochen worden und sie habe mit verschiedenen Trägern Kontakt gehabt. Interessant sei, dass man etwas auf die Beine haben stellen können und wollen. Ein Großteil der Eltern habe sich jedoch dagegen entschieden.

Herr Evers erklärt, dass er mit einem „Corona-Hundeführer“ Kontakt aufgenommen habe. Diese Testverfahren werden als Pooltestung vorgenommen, in der z. B. fünf Proben in einem Gemeinschaftsbeutel geprüft werden. Im Nachgang könne eine Einzeltestung mit zwei Hunden erfolgen, sodass ein positiver Befund bis zur Einzelperson zurückverfolgt werden kann. Für einen Zeitraum von 4 Wochen wäre ein Beitrag von 16,00 Euro entstanden und die Kirchengemeinde habe Gelder hinzugegeben. Alle Eltern seien angeschrieben worden, mit einer Beteiligung von 50 %. Ein Problem sei, dass es beim Anschlagen des Hundes keine rechtliche Grundlage gebe, ein Kind nicht in die Einrichtung zu lassen. Über weitere ablehnende Gründe der Eltern könne er nur Vermutungen vortragen.

Herr Gausmann fügt hinzu, dass er mit dem Kreis Steinfurt gesprochen habe. Das Thema sei zudem in der Jugendamtsleiterrunde thematisiert worden. Wegen der nicht geklärten rechtlichen Situation und der wegfallenden verpflichtenden Testungen in Grundschulen werde das Thema nicht weiterverfolgt.

Ukraine

Herr Gausmann informiert, dass die aktuelle Situation „Krieg in der Ukraine“ auch die Jugendhilfe beschäftigen werde. Die erste Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sei gestern erfolgt. Ein Kind sei mit der Großmutter eingereist; eindeutig ein UMA-Verfahren. Es werde versucht, Familienzusammenhänge nicht auseinanderzureißen.

Es habe heute Morgen die erste Besprechung mit der AG 78 „Kinder- und Jugendarbeit“ gegeben. Im Ferienprogramm werden Plätze für geflüchtete Kinder sowohl in den Oster- als auch in den Sommerferien geschaffen.

In der Vorbereitung sei eine Fortbildung für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende der Kinder- und Jugendarbeit zum Umgang mit den vielen Ängsten und Sorgen der Kinder und Jugendlichen. Auch sollen angemessene Antworten gefunden werden, um die sich abzeichnenden Feindbild-Diskussionen von russischen gegen ukrainischen Kindern und umgekehrt in Kindergärten und Schulen nicht weiter eröffnen zu lassen.

Bei den Trägern der Spielgruppen seien für die 2- bis 6-jährigen ukrainischen Kinder sogenannte Brücken- oder Mutter-Kind-Projekte angefragt worden. Der Krisenstab versuche alle Möglichkeiten zu realisieren. Ein Rundschreiben sei an alle Kitas mit der Bitte verschickt worden, diese Flüchtlingskinder derzeit nicht aufzunehmen, da erstens definitiv keine Plätze zur Verfügung und zweitens für diese Kinder andere Themen im Vordergrund stünden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Gausmann die Situation bei den Grundschulen. Es habe eine Entscheidung der Bezirksregierung gegeben, nach welchen Mechanismen die Schüler(innen) verteilt werden. Zudem habe er mit der zuständigen Schulaufsicht telefoniert. Hier gelte „kurze Beine“ gleich „kurze Wege“, d. h. die Schüler(innen) werden in den Grundschulen direkt vor Ort beschult. Die Schulleitungen seien informiert. Bei den Schulen der Sek. I gebe es ein Zuweisungsverfahren durch den Kreis Steinfurt. Die Schüler(innen) der 5. und 6. Klassen werden wegen noch freier Kapazitäten im Erstförderbereich primär in die Sekundarschulen gehen. Bezüglich der Gymnasien und Realschulen sei man im Gespräch, einhergehend mit der Aufforderung, dass die Bezirksregierung die dazu notwendige personelle Disposition zur Verfügung stelle.

4. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

5. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff berichtet von der Sitzung des Familienbeirates am 1. Februar 2022, an der Herr Gausmann teilgenommen habe. Zum Thema „Familienbericht“ seien die letzten Fragen beantwortet und viele Themen nochmal aufgerufen worden. Das Thema sei in der Sitzung Mitte Februar 2022 weitergeführt worden. Zudem seien die verschiedenen Gremien, in denen der Familienbeirat aktiv sei, vorgestellt worden. Die Arbeitsaufträge werden im April 2022 in einem Arbeitsworkshop besprochen.

6. Psychische Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche Vorlage: 096/22

Herr Frank Müller (Fachbereichsleiter Kinder-, Jugend- und Familienberatung beim Caritasverband Rheine e. V.) stellt seine Präsentation (**Anlage 2**) vor. Vorab weist er darauf hin, dass psychische Auffälligkeit nicht psychische Störung bedeutet, da die Entwicklung nicht vorhergesehen werden kann. Auch wie sich die Corona-Krise mit der Ukraine-Situation paaren werde, sei noch nicht feststellbar.

Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf den letzten Absatz der Vorlage. Zu den erarbeiteten realistischen und der Situation angemessenen Ansätzen zum Umgang mit derartigen Situationen bitte sie um ein Beispiel.

Frau Wiggers antwortet, dass sie bei einem für Beteiligte in der Kinder- und Jugendarbeit durchgeführten Infoabend auf dieses Thema gestoßen und die Formulierung der Vorlage vonseiten der Verwaltung erfolgt sei. Es sei von einer jugendlichen Person berichtet worden, welche in der U-Bahn auf einer Gruppenfahrt in Berlin eine Panik-Attacke bekommen hatte. Gemeinsam mit Herrn Müller sei an diesem Abend der perspektivische Umgang mit derartigen und ähnlichen Situationen besprochen worden.

Herr Müller erklärt, dass der Hauptansatz zum Umgang mit derartigen Situationen erstmal sei, die Selbstwirksamkeit herzustellen, damit keine Stigmatisierung entstehe. Es gebe kein Erfolgsrezept. Die Ängste und Sorgen ernst nehmen, zuhören und altersgerecht darauf eingehen, seien wichtig. In diesem Fall habe die Betreuerin das Kind aus der U-Bahn herausbegleitet und betreut. Im schlimmsten Fall müsse ein Krankenwagen gerufen werden.

Herr Hülsbusch erklärt, dass Kinder keine Vergleiche zu früher haben und sie die Corona-Krise und den Ukraine-Krieg nicht zuordnen können. Es sei wichtig, sie vor medialer Überforderung zu schützen und ihnen zu zeigen, dass die Welt auch gut sei (z. B. durch Spielen oder in die Natur gehen).

Frau Fettich bittet Herrn Müller, Fachliteraturhinweise zusammenzustellen, die den Kitas, Schulen und Mitarbeitenden vermittelt werden können (**Anlage 3**).

Frau Leskow fügt hinzu, dass neben den Experten vor Ort die Familien ganz wichtig seien, welche der erste Anlaufpunkt der Kinder seien. Sie möchte die Gesamtzahl der auffälligen Kinder wissen und wie hoch die Dunkelziffer sei.

Herr Müller antwortet, dass es pro Jahr ungefähr 800 bis 900 Neuanmeldungen und schätzungsweise 1.600 bis 1.700 laufende Fälle seien. Die Dunkelziffer werde deutlich höher sein. Aus Datenschutzgründen könne z. B. nicht ermittelt werden, wie viele Eltern das Jugendamt aufsuchen und der ausgesprochenen Empfehlung oder der Empfehlung der Schulen, zu uns zu gehen, nicht folgen. Die Eltern, die die Beratungsstelle einmalig ohne zu unterschreiben aufsuchen, werden ebenfalls nicht erfasst.

Derzeit fallen jeden Tag Fachkräfte coronabedingt (auch wegen betroffener Familienmitglieder) aus. Die Ehrenamtlichen (z. B. die Familienpaten) seien weggebrochen und viele kommen nicht wieder. Sie haben ein gewisses Alter, bedenken, ungeimpfte Familien zu begegnen oder die höheren Fahrtkosten wegen steigender Spritpreise schrecken sie ab.

Frau Floyd-Wenke bittet Herrn Gausmann um die Beantwortung ihrer kurzfristig eingereichten Fragen (**Anlage 4**). Sie habe ihre Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt einsortiert, da es um die Ängste aller Kinder und Jugendlichen gehe, egal, ob diese durch die Corona- oder Ukraine-Situation entstanden seien, um über den Umgang damit diskutieren zu können.

Die Ausschussmitglieder bringen zum Ausdruck, dass ihnen die Unterstützungen/Hilfen der Jugendlichen, die Zurverfügungstellung ausreichender finanzieller Ressourcen der Institutionen und Ehrenamtlichen sehr am Herzen liegen und für die unterschiedlichen und vor allem neuen Situationen Schulungsangebote für die Mitarbeitenden wesentlich sind.

Herr Gausmann informiert, dass er unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen“ von einem Kind berichtet und er soeben die Meldung von einem zweiten unbegleiteten minderjährigen Flüchtling erhalten habe. Die Kinder kommen ohne Eltern von der Ukraine nach Deutschland und wissen oft nicht, wie es ihren Eltern im Kriegsgebiet gehe. Mit etwas Glück werden sie von Familienangehörigen, z. B. der Oma, begleitet.

Egal, ob es sich um unbegleitete/begleitete aus der Ukraine, aus der Corona-Krise gebeutelte oder andere Kinder handle, der Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung werden überlegen müssen, welche Ressourcen für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitenden und welche Stützungsmaßnahmen zu deren Selbstschutz angeboten werden müssen oder angeboten werden können. Nur wer fähig ist, sich um sich selber zu kümmern, könne sich um andere kümmern. Die in der Jugendhilfe zur Verfügung stehenden Ressourcen werden in den nächsten Monaten und Jahren nicht mehr ausreichen. Spätestens im Haushalt 2023 werden die benötigten Ressourcen abgebildet sein müssen.

Herr Fühner habe hier eine hohe Bereitschaft wahrgenommen, dass weiterhin die Institutionen entsprechend ausgestattet werden, damit diese ihrer Arbeit in der Qualität wie bisher weiter nachgehen werden können. Er appelliere an die Politik, in den nächsten Jahren entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Ihm sei bewusst, dass die Ressourcen begrenzt seien und auch nach Prioritäten sortiert werden müsse.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen aus dem Vortrag „Psychische Belastung von Jugendlichen und Kindern“ von Herrn Frank Müller, Fachbereichsleitung der Kinder-, Jugend- und Familienberatung des Caritasverbandes Rheine, zur Kenntnis.

7. Vertretung junger Menschen im Jugendhilfeausschuss Vorlage: 097/22

Herr Gausmann teilt mit, dass in der Einwohnerfragestunde der letzten Sitzung ein Jugendlicher (*anwesend*) nach der Möglichkeit einer direkten Vertretung von Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss gefragt habe. In den Osterferien werde das Jugendteam gebildet und Herr Gausmann schlage vor, dass dort zwei Personen benannt werden, welche in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung bestellt werden könnten. Es handele sich um ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied, welche ihren Wohnort in Rheine haben müssen.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Vorlage und erachten die Partizipation von Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss für wichtig.

Auf die Frage von Frau Floyd-Wenke bestätigt Herr Gausmann, dass das in der Vorlage aus dem Kinder- und Jugendförderplan genannte Zitat: *„Es werden jugendgerechte Projekte entwickelt, in denen Jugendliche mit Kommunalpolitiker(inne)n in Kontakt treten und sich austauschen können.“* eigenständig von den beteiligten Kindern und Jugendlichen formuliert worden sei. Sie möchten mit den Kommunalpolitiker(inne)n in Kontakt treten und sich austauschen. Die Verwaltung gebe bewusst keine Vorgaben dazu.

Frau Leskow findet gut, dass die Jugendlichen in Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans selber die Forderung gestellt haben.

Frau Richter weist darauf hin, dass es bereits viele Projekte gebe. Regelmäßig fänden Podiumsdiskussionen statt, bei denen die Schülerinnen und Schüler der Stadt Rheine die Kommunalpolitiker(innen) befragen. Es gebe das Projekt „Fit in Demokratie“, welches im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden sei. Die Ansätze werden geplant und dann gemeinsam mit der Zielgruppe erarbeitet.

Herr Fühner fügt hinzu, dass es im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans von unterschiedlichen Institutionen unterschiedliche Programme gebe, an denen sich die Kinder und Jugendlichen an den entsprechenden Prozessen beteiligen können.

Die Mitglieder bitten um **Änderung des 2. Beschlussvorschlages**, damit eindeutiger wird, dass das Jugendteam autonom, ohne Einflussnahme der Verwaltung, ihre zwei Jugendhilfeausschuss-Vertreter(innen) benennen soll. Herr Gausmann formuliert diesen (**siehe Beschluss**).

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass zwei Jugendliche des Jugendteams, als ständige Interessensvertreter(innen), im Jugendhilfeausschuss beratend vertreten sein sollen.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, im Jugendteam darauf hinzuwirken, dass zwei Personen aus dem Jugendteam gewählt werden, die die Vertretung des Jugend-

teams und der Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss realisieren können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Bedarfsfeststellung nach dem Kinderbildungsgesetz für das Kindergartenjahr 2022/2023**
Vorlage: 090/22

Herr Gausmann informiert, dass sich die Belegungszahlen bei 14 Kitas gegenüber der Vorlage noch geändert haben. **Diese Veränderungen werden in die Beschlussfassung Nr. 1 mit aufgenommen und dem Protokoll zugefügt (Anlage 5).** Die Beschlussfassung werde dem Land mitgeteilt. Die Jugendhilfeausschussmitglieder stimmen zu.

Frau Floyd-Wenke fragt, ob es bei den unberücksichtigten Eltern-Wünschen (68 Ü3 und 148 U3) Veränderungen gibt; welche ganz schön viele seien.

Herr Gausmann merkt an, dass ihm 3 Punkte Sorgen bereiten würden:

1. Trotz der vielen Kitas, die in den letzten Jahren gebaut wurden, sei es nicht gelungen, die Überbelegung zu verringern; sie liege sogar im steigenden Bereich.
2. Die Wunsch-Kita konnte nicht überall erfüllt werden.
3. Die große Anzahl von U3-Kindern (Kinder unter 3 Jahren), die nicht in einer Tageseinrichtung für Kinder versorgt werden konnten.

Im Jahr 2021 sei ein Zuwachs von 101 zugewanderten Kindern im Kita-Alter erfasst worden. Das entspräche eineinhalb Einrichtungen. Für die Juni-Sitzung werde die Vorlage zur Kitabedarfsplanung der folgenden Jahre geplant.

Auch die Belegungsquote in der Tagespflege liege schon bei 97 %. In den nächsten Jahren werden Erweiterungspläne und Neubauprogramme mit unterschiedlichen Kindertageseinrichtungen und Gruppenformen erforderlich, damit die Rechtsansprüche im Kita-Jahr 2022/2023 und künftig erfüllt werden können.

Frau Overesch dankt der Verwaltung und den Trägern. Sie wisse, mit wieviel Druck an möglichen Entlastungen für dieses System gearbeitet und über neue Gruppen und Kitas nachgedacht werde.

Zu dem gesagten Dank spricht Herr Fühner auch den Tagespflegepersonen sowie denen der Spielgruppen seinen Dank aus. Seit Jahren werde die Problematik größer, den Rechtsanspruch, die Wunsch-Kita oder Wunschbetreuung der Eltern erfüllen zu können. Er sei sich sicher, dass die Träger bereit sind, weiterhin intensiv mitzuarbeiten. Deshalb sei es wichtig, alle Angebotsformen parallel weiterzuentwickeln und mit entsprechender Wertschätzung zu begegnen. Dafür werden zusätzliche Finanzmittel erforderlich werden.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung im Benehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen erarbeiteten Ergebnissen für jede einzelne Kindertageseinrichtung (Anlage 1) zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2022/2023 zu.

Die Veränderungen bei den Belegungszahlen gegenüber der Vorlage **werden der Niederschrift beigelegt**.

2. Gleichzeitig wird den Trägern im Vorgriff auf den noch zu erstellenden Bewilligungsbescheid das notwendige Budget garantiert, um auf dieser Basis zeitnah die Betreuungsverträge mit den Eltern schließen zu können.
3. Der Jugendhilfeausschuss erteilt der Verwaltung des Jugendamtes den Auftrag, kommende Änderungen für das Kindergartenjahr 2022/23 zu prüfen und im Einvernehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen bei der Belegung zu berücksichtigen.
4. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem von der örtlichen Jugendhilfeplanung ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege (300 Plätze für U3-Kinder und 10 Plätze für Ü3-Kinder), die von 84 Kindertagespflegepersonen angeboten werden, zu.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass U3-Plätze, die im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, vorrangig mit Kindern unter drei Jahren zu belegen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Nutzung Räumlichkeiten der Overbergschule für vorübergehende Kita-Betreuung
Vorlage: 083/22**

Auf die Frage von Frau Leskow informiert Herr Gausmann, dass die Verzögerungen bei der Kita Eschendorfer Aue wegen eines Bombenverdachtspunktes und bei der Kita Neuenkirchener Straße durch Lieferverzögerungen aufgrund von Materialmangel im Holzbereich entstanden seien.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen für eine vorübergehende Betreuung der Ü3-Kinder der Kita „Am Feldrain“ in den Räumlichkeiten der Overbergschule durchzuführen und die dafür notwendigen Investitionen zu tätigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Anpassung der Richtlinie zur Förderung der Spielgruppen
Vorlage: 071/22**

Herr Gausmann informiert, dass wie aus der Vorlage ersichtlich sei, dass die Mindestgruppenstärke reduziert und die durchschnittliche Finanzierung und der Sachkostenzuschuss angepasst worden seien. Auch wenn die Spielgruppe nicht den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erfülle, so gewinne diese zunehmend an Bedeutung.

Frau Floyd-Wenke teilt mit, dass sie es bei dem Punkt 2.3 „Beitragsermäßigung“ für bedenklich halte, den Eigenanteil von 10 Euro auf 15 Euro dem BuT anzugleichen. Durch die Inanspruchnahme, in eine Spielgruppe gehen zu dürfen, werde diesen Teilnehmer(inne)n andere Möglichkeiten der kulturellen und sozialen Teilhabe verwehrt werden.

Sie fragt, ob die Verwaltung über nicht besetzte Spielgruppenplätze informiert werde und diese den Eltern, die keinen Kita- bzw. Tagesmutterplatz bekommen, anbieten würde.

Herr Gausmann antwortet, dass die Verwaltung diese Plätze anbiete, soweit sie Kenntnis davon habe. Der Rechtsanspruch werde dadurch aber nicht erfüllt.

Frau Overesch teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Vorlage auf jeden Fall mittragen werde. Auch wenn der Rechtsanspruch damit nicht erfüllt werde und es zurzeit Belegungsschwächen gebe, so werde zumindest eine Entzerrung erhofft. Sie nehme auch eine Veränderung wahr, die aber beobachtet werden müsse. Einige Mütter, Väter oder Großeltern entscheiden sich bewusst für die familiäre Erziehung und buchen die Spielgruppe als Ergänzung dazu.

Frau Bischoff begrüßt es ebenfalls. Sie fragt, welche Stundenzahl damit verbunden sei und ob eine Aufstockung möglich sei.

Herr Gausmann antwortet, dass die Spielgruppen einer Betriebserlaubnis unterliegen und mehr als 15 Stunden kaum möglich seien, da die Anforderungen enorm hoch seien. Zudem müsse der Unterschied zu einer Kita gewahrt werden.

Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf die Aussage von Herrn Gausmann, dass die geflüchteten Kinder vielleicht in einer Spielgruppe untergebracht werden könnten. Sie möchte wissen, ob diese kostenfrei zur Verfügung gestellt und das BuT-Budget verwenden werden darf.

Herr Gausmann antwortet, dass die Verwaltung dieses prüfen werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Richtlinien zur Förderung der Spielgruppen werden gemäß den in Anlage 2 genannten Änderungen angepasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Anfragen und Anregungen

Frau Overesch berichtet, dass in dem Neubaugebiet an der Kolon-Eggert-Straße für den dortigen Verein „Dorf. Land. Zukunft. e. V.“ eine Fläche zurückgehalten werde. Der Verein überlege, wie diese genutzt werden könne. Als freie Spielfläche für Kinder und Jugendliche sei sie so nicht nutzbar und sie fragt, ob die vielen Senken dieser Fläche vorher noch aufgefüllt werden.

Herr Gausmann nimmt die Frage zur Beantwortung mit.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:09 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin

